

Haushaltsrede 2018 der SPD-Fraktion im Gemeinderat, gehalten vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Frieder Keller anlässlich der Verabschiedung des Haushaltsplanes der Gemeinde Ubstadt-Weiher am 12. Dezember 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Löffler,
geschätzte Mitglieder des Gemeinderates und der Verwaltung,
sehr geehrte Frau Wermke,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2017 geht seinem Ende entgegen; bald werden uns die Medien die ersten Rückblicke präsentieren. Wir hingegen müssen bei der Haushaltsplanung den Blick nach vorne in die Zukunft richten. Die Vorausschau ist bekanntermaßen schwieriger als der Rückblick, weil es viele Unsicherheiten gibt und die Zukunft keine lineare Extrapolation der Vergangenheit ist. Kaum eine Haushaltsrede ohne das Zitat einer bedeutenden Persönlichkeit. Willy Brandt sagte einmal: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“. Das ist auch Aufgabe der Haushaltsplanung und es ist unserer Meinung nach im Rahmen der Möglichkeiten auch gut gelungen.

Das Gesamtvolumen von 38,5 Millionen Euro im Kernhaushalt markiert ein Rekordhoch. Es setzt sich aus vielen Einzelposten zusammen, darunter auch einige große Brocken, die nicht einfach unkommentiert durchgewunken werden dürfen. Dazu Stellung zu nehmen, ist die eigentliche Aufgabe einer Haushaltsrede.

Ein großer Brocken sind die Personalkosten. Sie schlagen mit 5,96 Millionen Euro zu Buche; gegenüber dem Vorjahr steigen diese also um 2,75 %. Wir haben schon vor einiger Zeit in der Haushaltsstrukturkommission mögliches Einsparpotential diskutiert. Der große Wurf ist uns nicht gelungen, das war auch nicht zu erwarten, das hätte ja bedeutet, dass die Rathausoberen in der Vergangenheit geschlafen hätten. Einsparungen bei den Personalkosten würden zu Lasten der Servicequalität gehen. Genau das wollen wir nicht. Dienstleistung, auch in den Außenstellen der einzelnen Ortsteile, ist wichtig, um die Attraktivität von Ubstadt-Weiher als Wohnort zu erhalten.

Ein weiterer großer Brocken im Haushalt sind die Aufwendungen für die Kindergärten. Der Betriebskostenzuschuss beträgt 4,6 Millionen Euro; abzüglich des Zuschusses von 1,68 Millionen verbleiben fast 3 Millionen Euro als Eigenanteil. Hinzu kommen Investitionen in Höhe von ungefähr 160.000 € abzüglich eines Zuschusses von 73.000 Euro. Neue Vorschriften, auf deren Gestaltung wir keinen Einfluss haben, machen auch in den Kindergärten Investitionen erforderlich, z.B. für den Lärmschutz. Wir mussten eine Erhöhung der Elternbeiträge beschließen; letztendlich wird diese aber größtenteils wieder durch die steigenden Personalkosten aufgezehrt. Wünschenswert ist die Abschaffung der Kindergartengebühr. Dass das geht, zeigt uns Rheinland-Pfalz, und in Hessen (übrigens wie wir auch schwarz-grün regiert) will das Land auch in diese Richtung gehen und in 2018 und 2019 dafür insgesamt 440 Millionen Euro an die Kommunen geben. Daran sollte sich unsere Landesregierung mal ein Beispiel nehmen.

Die Weiterentwicklung der Schulen ist ein Dauerthema. Mit dem Schulverbund zwischen der Alfred-Delp-Realschule und der Hermann-Gmeiner Grund- und Werkrealschule wurde eine gute Lösung gefunden, mit der alle bisherigen Schulabschlüsse auch weiterhin angeboten werden können. Mittlerweile wurde sogar ein Name ge-

funden: „Alfred-Delp-Schulzentrum Ubstadt-Weiher Grundschule-Werkrealschule-Realschule“. Ein sperriger Name, dem man ansieht, wie schwer wir uns mit der Namensgebung getan haben. Das ist Gott sei Dank aber nicht haushaltswirksam. Aber nun stehen Sanierung und bauliche Umgestaltungen an. Wir werden dafür einen Kredit aufnehmen und unsere Rücklage abschmelzen. Das verursacht Bauchschmerzen. Die Zinsen sind zwar auf einem historischen Tiefstand, aber allein die Tilgung wird den Haushalt folgender Jahre belasten und unseren Gestaltungsspielraum dann einschränken. Ferner müssen wir davon ausgehen, dass mit Ablauf der Zinsbindung der Kredit nicht vollständig getilgt sein wird und eine Umschuldung unter ungünstigeren Randbedingungen dann ansteht.

Bei der Kreditaufnahme in öffentlichen Haushalten wird oft das Beispiel eines Privathaushaltes angeführt, wo das junge Paar in Zeiten geringeren Einkommens den Hausbau mit einem Darlehen finanziert, um diesen im fortgeschrittenen Alter und höherem Einkommen dann abzubezahlen. Und das sei ja ganz normal. Das Beispiel hinkt, denn eine funktionierende Gemeinde hat nicht diesen Lebenszyklus; sie wird eigentlich immer jung sein (oder es sein wollen) und Investitionsbedarf haben, auch in Zeiten, in denen dann der alte Kredit abbezahlt werden muss.

Aber wir sind uns dessen bewusst, auch die SPD-Fraktion wird die Entscheidung für eine Kreditaufnahme mittragen. Francis Bacon, ein englischer Philosoph, sagte einmal „Geld gleicht dem Dünger, der wertlos ist, wenn man ihn nicht ausbreitet.“ Eine aktuelle Bertelsmann-Studie erläutert, dass öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau, Infrastruktur, und vor allem in Bildung sich für alle lohnen. Sie würden nicht nur das Wachstum und die Beschäftigung stärken, sondern auch die Chancengerechtigkeit.

Wir in Ubstadt-Weiher begründen unsere Entscheidung mit „Generationengerechtigkeit“, dass also eine Investition, die folgenden Generationen zu Gute kommt, auch eine zukünftige Belastung rechtfertigt.

Gleiches gilt für den Neubau des Feuerwehrhauses in Zeutern; auch hier werden wir einen Kredit aufnehmen. Aber wir brauchen ein Gebäude mit ausreichender Funktionalität, und die ist bei dem alten Gebäude nicht mehr gegeben. Eine Ertüchtigung ist wirtschaftlich nicht sinnvoll. Durch den Neubau am Ortsrand Richtung Stettfeld gewinnen wir dann auch in der Mitte von Zeutern wertvollen Spielraum bei der Umgestaltung des Ortskerns.

In Zeutern sind wir mit dem laufenden Landessanierungsprogramm auf einem guten Weg. Wir haben schon frühzeitig einen Antrag gestellt, wohlwissend, dass die Mittelbewilligung Zeit brauchen wird. Und in dieser Art müssen wir auch in Ubstadt aktiv werden. Hier beklagen wir marode Bausubstanz und die Schwindsucht der Gastronomie. Um den Antrag auf den Weg zu bringen, sind vorbereitende Untersuchungen notwendig, die mit 35.000 € im Haushalt veranschlagt sind. Die SPD-Fraktion begrüßt das ausdrücklich, aber damit sind wir sicherlich nicht alleine. Wir haben in diesem Gremium nach konstruktiver Diskussion einen Konsens erreicht. In Weiher gehen wir die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt an. Ein großes Projekt, das mit 960.000 € veranschlagt wird; wir erwarten Zuschüsse aus dem „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ in Höhe von ungefähr 260.000 €. Die größten baulichen Veränderungen erfolgen – und das ist unübersehbar - in Stettfeld: Bau des Minikreisels, Neugestaltung der Straßen in dessen Umgebung und Erschließung des Baugebietes Zeuterner Straße Süd. Die Arbeiten sind bislang in einem bemerkenswert gut eingehaltenen

Zeitplan durchgeführt worden, und wir sind noch zuversichtlich, dass mit Freigabe des Kreisels ein großer Bauabschnitt Anfang nächster Woche abgeschlossen sein wird und die Problematik des momentanen Verkehrsflusses sich zumindest teilweise wieder entschärft.

Zum Thema Verkehr: Wir begrüßen ausdrücklich alle Maßnahmen, die zu einer Reduzierung der Umweltbelastung führen. Manchmal braucht es da keine großen Investitionen, und es sind nur bürokratische Hindernisse zu überwinden, wie zum Beispiel beim Anbringen von Fahrradschutzstreifen. Aktuell ist es in Stettfeld gelungen, einen Schutzstreifen „Am Katzbach“ Richtung Weiher durchzusetzen. Das kommt nicht nur der Sicherheit der Radfahrer zu Gute, sondern wirkt auch als Geschwindigkeitsbremse. Wünschenswert sind Schutzstreifen auch an anderen starkbefahrenen Straßen. Bad Schönborn hat es uns vorgemacht; wir sollten entsprechende Maßnahmen vor allen Dingen an der B3 schnellstmöglich umsetzen. Die Ausleuchtung der Radwege, die die einzelnen Ortsteile verbinden, ist uns ein wichtiges Anliegen, denn eines ist klar: Wer bei Dunkelheit seine Rückfahrt aus Sicherheitsbedenken nicht antreten will, wird den Radweg tagsüber für die Hinfahrt auch nicht nutzen können. Für die Verbindung Weiher-Stettfeld sind 81.000 € vorgesehen, ab 2021 folgen die weiteren Verbindungen mit jeweils ca. 100.000 €.

Darüber hinaus muss die Gemeindeverwaltung bei den übergeordneten Behörden Druck machen, um den rechtlichen Spielraum für Geschwindigkeitsbegrenzungen besonders bei den Ortsdurchfahrten zu nutzen, damit Tempo-30-Zonen, sei es aus Lärmschutzgründen oder Gründen der Verkehrssicherheit, ausgewiesen werden können. Das sorgt für mehr Lebensqualität an vielbefahrenen Straßen. Dass man inzwischen für Forderungen nach Tempo-30-Limits bei innerörtlichen Bundesstraßen ein offenes Ohr auf landespolitischer Ebene hat, wird dadurch deutlich, dass Baden-Württemberg mittlerweile bei der Umsetzung hier bundesweit mit an der Spitze steht.

In Zukunft wird der öffentliche Personenverkehr immer wichtiger; wir werden weniger Individualverkehr haben. ÖPNV kostet nicht nur die Fahrgäste, sondern auch die Gemeinden Geld. Neben dem Beitrag der Gemeinde zur Deckung des Betriebskostendefizits sind für die Investitionen in strukturelle Maßnahmen erhebliche Aufwendungen erforderlich. Wichtige Projekte sind die Verlängerung des Bahnsteiges in Ubstadt, die mit 360.000 € Eigenanteil veranschlagt wird, und die Realisierung des Haltepunktes Stettfeld-Weiher (wir reden hier – wir haben es heute bereits gehört - inclusive Zubringer über 2,8 Millionen Eigenanteil). In einem gestern in den BNN veröffentlichten Leserbrief, wird eine namentliche Abstimmung im Gemeinderat Ubstadt-Weiher über diese Investition gefordert. Das ist unverständlich; wir haben hier im Gemeinderat schon vor langer Zeit nach intensiver Beratung in offener Abstimmung einen einstimmigen Beschluss gefasst. Der Zug ist schon lange abgefahren, wegen den Verzögerungen in der Planung zwar langsam, aber mit Sicherheit in die richtige Richtung.

Ärgerlich ist das Missmanagement bei den Verkehrsbetrieben. Vorausschauende Planung gehört sicher nicht zu den Kernkompetenzen der AVG, wie man schon an den häufigen Zugausfällen auf Grund von Personalmangel sehen kann. Dass man Gemeinden aber jetzt noch Leistungen aus dem vergangenen Jahrtausend in Rechnung stellen will, sorgt für Verwunderung und Empörung. Hier reden wir von fast 700.000 €, die von Ubstadt-Weiher zu bezahlen wären. Es ist schwer vorstellbar,

dass solche Forderungen einer rechtlichen Überprüfung, die wir notfalls in Auftrag geben müssen, standhalten werden.

Mit dem Zug fahren, das ist e-mobility und sehr viel wirksamer als die ganzen zeo-Initiativen. Denn die Stromerzeugung ist immer noch der CO₂-Verursacher Nummer 1 und alleine für die Herstellung der Batterien für ein Elektromobil fallen pro kWh Akkukapazität bis zu 200kg CO₂ an. Wenn sich unsere Gemeinde E-Fahrzeuge anschafft, wird sie nicht etwa ihrer klimapolitischen Verantwortung gerecht, wie uns viele vermeintliche Experten weismachen wollen, sondern nutzt einen politisch geschaffenen Markt mit entsprechenden Subventionen.

Ein anderes Reizthema ist der Hochwasserschutz. Wir planen hier, verteilt über mehrere Jahre, 2,6 Millionen auszugeben. Wir erhalten vermutlich einen Zuschuss von über 70 %, unser Eigenanteil ist aber immer noch erheblich. Der Sinn scheint in erster Linie darin zu bestehen, die Vorgaben der Hochwasserbürokratie zu erfüllen, die mit 100-jährigen Hochwasserständen argumentiert und Maßnahmen aus schwer nachvollziehbaren Modellrechnungen vorschreibt. Ich fürchte, dass, wenn wir mit der Ertüchtigung der Dämme fertig sind, neue Modellrechnungen zur Vermeidung eines 500-jährigen Hochwassers erstellt werden. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass immer ein Restrisiko verbleibt, es wird sich auch mit beliebig hohem Aufwand nicht auf null reduzieren lassen. Zu den negativen Auswirkungen gehört ja auch, dass die Bebauung in Weiher ohne Konflikt mit den Hochwasserregeln nur noch an wenigen Stellen möglich ist.

Immerhin haben uns die Einschränkungen der blaugefärbten Karte geholfen, ein Baugebiet in Weiher ohne konfliktträchtige Diskussionen zu platzieren. Die Neuausweisung von Baugebieten ist angesichts vieler Baulücken kritisch zu hinterfragen. Aber wo die Innenverdichtung auf Grund fehlender Bauverpflichtung an die Grenzen stößt, unterstützt auch die SPD-Fraktion die Planung eines Neubaugebietes an der Peripherie, nicht nur in Weiher, sondern auch in Ubstadt, wo auch dringende Nachfrage besteht. Umso wichtiger ist es, die neuen Baugrundstücke konsequent mit einer Bauverpflichtung zu belegen. Diese muss wirksam gestaltet werden, damit sie nicht etwa durch Bezahlung eines geringen Betrages von Jahr zu Jahr wieder hinausgeschoben werden kann.

Die SPD-Fraktion strebt die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes an, Luxusvillen für eine zahlungskräftige und zuzugswillige Klientel haben wir schon. Auch dem Normalverdiener muss es möglich sein, eine Wohnung zu finanzieren. Darüber hinaus gibt es viele Haushalte, die sich aus eigener Kraft wegen geringen Einkommens oder anderer sozialer Merkmale nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Leider hat der soziale Wohnungsbau in Deutschland seit dem Rückzug des Bundes aus der Förderung einen erheblichen Bedeutungsverlust erlitten. Bundesweit verlieren jährlich ungefähr 100.000 Wohnungen ihren Status als Sozialwohnung. Die SPD-Fraktion fordert, dass in Ubstadt-Weiher die Möglichkeiten der sozialen Wohnraumförderung genutzt werden und dass ein entsprechendes Konzept erstellt wird. Das muss die Unterstützung der Modernisierung von vorhandenen Gebäuden, aber auch die Bereitstellung geeigneten Wohnraums in den jetzt ausgewiesenen Neubaugebieten beinhalten.

Ubstadt-Weiher ist eine attraktive und lebendige Gemeinde. Dazu tragen nicht unwesentlich unsere Vereine und gemeinnützigen Organisationen bei, die ohne ehrenamt-

liche Tätigkeit nicht funktionieren würden. Es gibt ein vielfältiges Angebot in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeitgestaltung. Vereine erfüllen darüber hinaus eine wichtige Aufgabe im sozialen Bereich und stehen in Notsituationen helfend zur Seite. Unser Dank geht an alle, die sich selbstlos in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Wir begrüßen, dass die Förderung durch die Gemeinde ohne Einschränkung fortgesetzt werden kann. Zur Förderung gehört auch die Bereitstellung von gemeindeeigenen Räumlichkeiten für Vereinszwecke zu sehr günstigen Konditionen. Wenn durch Vereine genutzte Räume entfallen (wie z.B. in Zeutern im alten Feuerwehrhaus), sorgt die Gemeinde für eine Anschlusslösung, finanzielle und organisatorische Unterstützung; dies ist auch ein Ausdruck unserer Anerkennung.

Ein leistungsfähiger Zugang zum Datennetz ist mittlerweile unerlässlich. Für unsere Gemeinde ist das ein wichtiger Standortfaktor. Wollen wir Gewerbetreibende nach Ubstadt-Weiher holen, müssen wir hier eine entsprechende Infrastruktur bieten. Auch im privaten Bereich spielt das eine sehr wichtige Rolle. Nachdem die Telekom mittlerweile die Rentabilität des Ausbaus einsah, hat sie ihn nach anfänglicher Ablehnung doch in die eigene Hand genommen. Darauf hatte das Unternehmen auch einen Rechtsanspruch, und drohte daher mit Klage, sollte man ihm den Ausbau verweigern. Die Qualität der technischen Lösung überzeugt nach den zu erwartenden Umstellungsschwierigkeiten. Wir müssen trotzdem bei dem Ausbau der Infrastruktur selbst am Ball bleiben, etwa durch die Verlegung von Leerrohren, wenn Tiefbauarbeiten anstehen. Günstiger können wir eine kabel- oder glasfaserbasierte Übertragung nicht vorbereiten; sie ist jeder Funkübertragung im Hinblick auf Übertragungsgeschwindigkeit und Emittierung von Elektrosmog technisch überlegen.

Die Flüchtlingskrise, vor einiger Zeit noch im Mittelpunkt der Nachrichten, steht momentan nicht mehr im Vordergrund der medialen Berichterstattung. Es ist bemerkenswert, wie kurz die Halbwertszeit von prominent platzierten global bedeutsamen Ereignissen ist. An dieser Stelle möchten wir allen privaten und ehrenamtlichen Bürgern und Initiativen unseren Dank für ihr Engagement in der Flüchtlingsbetreuung aussprechen. Die Krisenherde dieser Welt sind nach wie vor gut befeuert, und wir müssen damit rechnen, dass nach der momentanen gefühlten Entlastung die Flüchtlingsströme und die Asylanträge wieder zunehmen. Wir dürfen den momentanen Rückgang nicht als dauerhafte Entwarnung sehen. In einer Zeit, wo auch der entlegenste Winkel dieser Welt nur einen Mausklick entfernt ist, kann niemand die politische Lage der Zukunft verlässlich vorhersagen.

Wir waren deshalb gut beraten, aktuell prognostizierte zusätzliche finanzielle Spielräume nicht mit Zusatzaufgaben im Haushaltsplan zu belegen.

Ich kann die Zustimmung der SPD-Fraktion signalisieren. Mein Dank für die Erstellung des umfangreichen Zahlenwerks geht zunächst an unseren Kämmerer Oliver Friedel, aber nicht nur an ihn, sondern an alle Beteiligten. Und beteiligt waren und wurden wir alle hier im Gemeinderat, wir konnten unsere Vorstellungen in die Haushaltsberatungen einbringen, und das ist eine wichtige Basis für einen konsensfähigen Gesamtentwurf.

Ich möchte nun zum Ende meiner Rede kommen und darf mich bei der Gemeindeverwaltung, unserem Bürgermeister und allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die sehr gute und konstruktive Atmosphäre bedanken.

Ich wünsche uns allen eine weiterhin gute Zusammenarbeit.
Vielen Dank.